



Was die Welt zusammenhält

Mosaikstein Politische Bildung im Zivildienst

Begrüßung

Eulen nach Athen

Es kann keine einfache Aufgabe sein, Sie am späten Nachmittag mit einem Vortrag über den Stellenwert der politischen Bildung beglücken zu wollen. Denn entweder werden Sie zu der Gruppe von Menschen gehören, denen man keine Eulen nach Athen tragen muss, weil sie sich als Demokraten fühlen und den Spruch: „Demokratie braucht politische Bildung“, sozusagen mit der Muttermilch aufgesogen haben. Sie glauben an den unauflösbaren Zusammenhang von Bildung und Demokratie. Und als gute Gläubige hören Sie auch gerne ab und an der Sonntagspredigt zur politischen Bildung zu. Es kann aber auch sein, dass Sie zu einer anderen Gruppe von Menschen gehören und warum sollte nicht der eine oder andere davon unter uns sein, und Sie gehen davon aus, dass man zwar offiziell in einer Demokratie nichts gegen Politische Bildung sagen kann, ohne sich ins Abseits zu stellen, aber doch erhebliche Zweifel daran haben, ob das nun wirklich etwas bringt und warum dann auch noch gerade im Zivildienst, das erscheint Ihnen eher als so abwegig, dass Sie kaum bereit sind, einem Plädoyer für die Politische Bildung hier ernsthaft Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Für diese Zweifler ist es dann eher ein lästiges, weil in der Demokratie unvermeidliches, Ritual, einer solchen Veranstaltung beizuwohnen.

Diese Haltung begegnet mir als Schulleiter übrigens nicht ganz so selten. Da sind die Verwandten und Freunde, denen ich mitunter sage, was ich für einen Job habe, als was und an welcher Einrichtung ich arbeite. Die Zweifler unter meinen Kontakten arbeiten dann gerne mit der Frageform: „Hältst Du das wirklich für sinnvoll? Bringt das denn was? Da hat der Staat wohl mal wieder zu viel Geld?“ Oder: „Wenn man sie schon zu Lehrgängen schickt, sollten sie doch etwas Vernünftiges lernen“, und ähnliches.

Bei dieser Gruppe der Zweifler erhält die politische Bildung also nicht den hehren Stellenwert wie bei der Gruppe der Gläubigen. Den Zweiflern würde der Wegfall des Angebots der politischen Bildung im Zivildienst nicht wirklich weh tun.

Sie im Auditorium gehen sicherlich davon aus, dass ich mich zu denen zähle, die ich gerade selbst als Gläubige klassifiziert habe. Und in gewisser Hinsicht dürfen Sie davon auch ausgehen. Ich möchte allerdings hier eine Position entfalten, die nicht einfach mit hehren demokratischen Glaubenssätzen daher kommt, sondern die versucht, die Politische Bildung im Zivildienst alltags- und erfahrungsbezogen zu verorten und ihre Sinnhaftigkeit auch den Zweiflern verständlicher zu machen. Dabei möchte ich aber nicht das Bewusstsein dafür verlieren, dass immer alles auch anders gehen kann.

Für diesen Zugang erscheint es mir zweckdienlich, den historischen Hintergrund, warum es überhaupt politische Bildung im Zivildienst gibt, in Erinnerung zu rufen und ihnen einen Eindruck davon zu vermitteln, wie sich im Angebot der politischen Bildung mehr erfüllen muss als die Vermittlung von Wissen und warum einer Zweckinstrumentalisierung Grenzen gesetzt sind. Und wir werden sehen, dass das auch gut so ist.

Hierfür werde ich auf verschiedene Aspekte eingehen, wie da sind: das Grundverständnis Politischer Bildung in einer Demokratie, das Rollenspektrum des Zivildienstleistenden und die Frage, was Qualität und Bildung in der politischen Bildung auszeichnet.

Und wenn man alles miteinander in Beziehung gesetzt hat, wird Ihnen hoffentlich auch auffallen, dass mit politischer Bildung im Zivildienst zwar vermutlich nicht die Demokratie gerettet werden könnte, aber der Luxus geboten wird, gelingendes Lernen und Leben in einer Demokratie einzuüben, ein Luxus, der dazu beitragen kann, die Ausgangsfrage zu beantworten, was die Welt zusammenhält.

Wenn die Welt auseinanderfällt

Meine Ministerin und der Innenminister haben zu Anfang des Jahres am Tag der Heiligen Drei Könige in einem Beitrag in der FAZ das Szenario verdeutlicht, in dem das Gefühl aufkommen kann, dass nichts mehr die Welt zusammenhält. Und es kommt auch nicht von ungefähr, dass die Sehnsucht nach „ein bisschen Sicherheit“ sich derzeit gut von der Gruppe Silbermond als Song vermarkten lässt.

Die Gefahren, die die Minister von der Leyen und Schäuble aufzeigen, erschließen sich uns alle. Gewaltbereitschaft in der Jugend, Politikverdrossenheit, Verfall der klassischen Familie, Mobilitäts- und Konkurrenzanforderungen als Lebens- und Wertbildungsüberforderungen.

Auf der Strecke bleiben die vernachlässigten Jugendlichen, die vergessenen und alleingelassenen Alten, die Partner fürs Leben, die immer schneller dem Austausch anheimfallen, die Arbeitslosen, die Alleinerziehenden, kurzum so gut wie jeder von uns bekommt diesen Wandel mit, erlebt selbst oder im Umfeld wie das Vertrauen in die Zukunft, in den Staat, in den Markt, in die Beziehung, in den Mitmenschen verloren gehen kann und die Sehnsucht entweder nach ideologischer Versicherung oder nach finaler Bankrotterklärung, dem privaten Amoklauf, zunimmt, wenn man sich denn persönlich nicht mehr mit der besonderen Form des Selbsthasses, dem Zynismus, begnügen kann und man sich selbst nicht zu den starken Persönlichkeiten zählt, die Krisen als konstruktive Herausforderungen sehen.

Von der Leyen und Schäuble betonen, den Staatsrechtler Böckenförde zitierend, dass der Staat davon lebt, dass Werte, Regeln und moralische Bindungen die Gesellschaft zusammenhalten – im Alltag und in der Politik, dass Bürgerinnen und Bürger einen wohlverstandenen Gebrauch ihrer Freiheit machen und sich für die Demokratie und das Gemeinwohl einsetzen. Wir brauchen also, um unsere Gesellschaft zusammen zu halten, demokratisches und bürgerschaftliches Engagement.

Und in diesen Kontext verorten beide Minister der großen Koalition den Stellenwert der politischen Bildung. Sie soll vor extremistischen Ideologien schützen und das Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft fördern. Und gerade bei jüngeren Menschen soll mit politischer Bildung Konfliktfähigkeit, soziale Verantwortung und Fähigkeit zu Vertrauen und Widerstandskraft gegenüber extremistischen Ideologien gefördert werden.

Es steht außer Zweifel, dass die politische Bildung dies nicht allein vermag. Und insoweit appellieren von der Leyen und Schäuble zu Recht an Staat, Gesellschaft, Medien und an uns alle als Bürgerinnen und Bürger, hierzu gemeinsam beizutragen.

Aber was nutzen Appelle, wenn auf der anderen Seite die Voraussetzungen für den Zusammenhalt immer weiter weg fallen? Aus der aktuellen Medienforschung wissen wir, dass es offenbar einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausmaß und der Art der Mediennutzung und dem vorhersagbaren Bildungserfolg gibt. Manfred Spitzer als Hirnforscher ist da ziemlich eindeutig, wer seit seiner frühen Kindheit mehr als drei Stunden täglich fern sieht und/oder mit dem Computer spielt, verspielt seine Bildungszukunft. Andere Medienforscher berichten, dass die Kluft zwischen den Generationen immer größer wird. Während wir Älteren digital immigrants sind, die zu einem wohlverstandenen Umgang mit den digitalisierten Medienwelten noch in der Lage zu sein scheinen, werden die digital natives, also die jungen Leute, gekennzeichnet als eine Generation der Switcher und

Multitasking fähigen Kurzweiler, die dafür allerdings eine verzögerte Frontallappen-Entwicklung in Kauf nehmen müssten, die sie länger (oder für immer?) kindlich sein lassen soll. Das wird dann begleitet vom Klagelied des allgemeinen Leseverfalls und der Unfähigkeit zur Konzentration über eine längere Zeit als die Dauer eines Videoclips. Für die politische Kommunikation wird passend dazu festgestellt: Es gäbe eigentlich nur drei Konstituierungsprinzipien für Nachrichten, da sei das Prinzip der Diskontinuität, des Bruchs, es passiert also was Neues, das Prinzip Konflikt, da streiten sich die Zwei oder Mehrere, und schließlich das Prinzip Normverletzung , es ist zu Mord- und Totschlag gekommen. Die Medienwirkungsforscher ergänzen dies um die Erkenntnis, dass Wissen und Fakten nicht mehr vermittelt würden, sondern es blieben nur die transportierten Emotionen übrig, die dann von der Politik in den Wahlkampfstrategien erfolgreich bedient werden müssten. Kurz gesagt, zumindest mit der jüngeren Generation würden wir uns vom aufgeklärten, mündigen Bürger hin zum emotional dominierten Unterhaltungsbürger bewegen.

Diese aufscheinende Problemlage wird man mit Politischer Bildung sicherlich nicht allein begegnen können.

Und dennoch, in Bezug auf die politische Bildung im Zivildienst sollten wir die Chancen, die damit verbunden sind, erfassen und nutzen.

Märchen der politischen Bildung

Wenn ich vom Wert der politischen Bildung erzählen soll, erzähle ich gerne ein Märchen. Es war einmal ein Ehepaar, sie war Lehrerin, er Historiker, sie hatten drei Kinder und als die Kinder groß waren und sich die Familie mitunter sonntags zum Mittagessen oder zur Kaffeetafel trafen, saßen mindestens fünf Menschen am Tisch, die sich in ihren Bezügen zur Gesellschaft, zur Politik und in ihren Lebensstilen und bei den Kindern, mit ihren ausgewählten Partner, unterschieden. Die eine Tochter war Betriebsinhaberin eines fast schon mittelständischen Betriebes auf dem Lande und stand der CDU nahe und engagierte sich in der örtlichen Kulturszene, der Sohn war auf dem Weg zum Juristen, lebte in der Großstadt, hatte einen ausgeprägt internationalen Freundeskreis, so dass Muslime, Juden, Buddhisten und Konfuzianer sich mitunter diesem christlich geprägten Familientisch zugesellten. Der Sohn engagierte sich übrigens in der FDP. Die zweite und jüngste Tochter war bekennende Veganerin, als Schulsprecherin engagiert, hatte Demoerfahrungen bei Aktionen gegen Rechts und lebte eine bunte Beziehungskultur (Bitte vergessen Sie nicht, ich erzähle ein Märchen). Auch die Eltern unterschieden sich bei aller in einer langen Ehe

entstehenden Gemeinsamkeit in politischer Hinsicht, so dass auch Linke und SPD mit am Tisch saßen. Und doch konnten alle mit einander reden und es wurde bei allem Streit in den einzelnen Themen nie das Tischtuch unter ihnen zerschnitten. Und so lebten sie die Vielfalt der Demokratie und Lebensstile in friedlicher Streitkultur bis ans Ende ihrer Tage und pflanzten diesen Geist in ihren Kindern und Kindeskindern fort.

Man könnte dieses Märchen um viele Episoden erweitern. Man könnte erzählen, wie auf den wirtschaftlichen Einbruch reagiert wird, wie Familie und Freunde der jungen Unternehmerin helfen, wie sie der alleinstehenden jungen Mutter helfen, wie sie sich um die in die Demenz fallende Oma kümmern usw.

Sollte jetzt hier der Eindruck aufgekommen sein, dass man so auch von den Idealen der Parität erzählen könnte, so will ich diesem Eindruck nicht entgegen treten.

Was sagt uns dieses Märchen denn aber nun genau über die Politische Bildung? Zuvorderst, es ist gut zu wissen, welche Art von Gesellschaft denn wünschenswert ist. Andererseits, wendet man das Märchen der Kurzfassung in eine Negativfolie, erzählt es uns historisch eines der großen Dramen der Weimarer Republik und beschreibt das Gift, das den Nationalsozialismus zu nähren half. Da wurde das Tischtuch durch die Familien hindurch zerschnitten, da wurde mitunter unter Brüdern bis aus Blut miteinander gekämpft, rot gegen braun, das war die letzte existentielle Frage. Und wenn wir den Blick auf die Welt heute werfen, dürfte es uns nicht schwerfallen, solche Gefahren auch in Familien der Jetztzeit zu finden, wenn vielleicht auch eher unter denen mit Migrationshintergrund, wo die Frage nach Integration, Selbstbewahrung und Anpassung mitunter existenzielle Formen annimmt. Aber auch die Neonazis von heute zerreißen die Tischtücher an ihren Sonntagstafeln.

Das, was im Märchen beim Sonntagsessen geschieht, beschreibt den idealtypischen homo politicus, der auf gebildeter, weil aufgeklärter und eigenständig denkender Grundlage den politischen Diskurs pflegt. Und er muss dafür nicht professioneller Politiker sein. Er trägt dazu bei, politische Sachverhalte im friedlichen Kontext gesellschaftlich diskutiert und politisch entschieden zu bekommen, ohne in die Falle des Freund-Feind-Schemas zu laufen, in die Falle des manichäischen, nur zwischen Gut und Böse aufteilenden politischen Denkens. Und in den erweiterten Episoden würde sich zeigen, dass mit gesellschaftlichem und familiärem Engagement Probleme konstruktiv angegangen werden können. Der homo politicus lebt die Kultur einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft.

Soldat als Staatsbürger in Uniform

Im diktatorischen, totalitären, menschenverachtenden, politischen System ist für diese Menschen der Sonntagstafel allerdings kein Platz. Es ist in solchen Systemen auch kein Platz für Soldaten, die nicht blind sind in der Gehorsamspflicht. Die nicht sagen, Befehl ist Befehl, wenn es um Kinder, Kranke, Alte, Schwule, Russen oder Grenzüberschreiter geht, die in militärischen Konflikten getötet werden sollen/könnten.

Wir haben in Deutschland aus der Geschichte gelernt. Dies wird uns nicht vor Fehlern in der Zukunft schützen, aber immerhin haben wir es geschafft, einen soldatischen Begriff einzuführen, der in den Armeen des westlichen Bündnisses bis heute stilbildend wirkt. Es ist der Staatsbürger in Uniform, also der Soldat, der weiß: - wenn ich an einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder an einem Völkermord beteiligt bin, bin ich für das, was ich tue, verantwortlich-. Diese Leitidee des modernen Soldaten, inzwischen international durch die breite Herausbildung einer internationalen und national rückgekoppelten Strafgerichtsbarkeit fortentwickelt, entstand unter maßgeblicher Beteiligung von Graf von Baudouin schon am Anfang der Geschichte unserer Bundeswehr. Und von da an war es selbstverständlich, dass Soldaten, ob als Berufs- oder Zeitsoldat oder als Wehrdienstleistende, Unterricht in staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Fragen erhielten.

Politische Bildung im Zivildienst

Es wundert uns bei diesem Kontext nicht, dass mit dem Aufbau des Zivildienstes auch darüber nachgedacht wurde, im Sinne der Gleichbehandlung mit der Bundeswehr, Unterricht in staatsbürgerlichen Fragen, also das, was wir behördenintern und demnächst auch gesetzlich festgelegt, Politische Bildung nennen, anzubieten.

Anders als bei der Bundeswehr gibt es jedoch für den Zivildienst, bis auf die Elemente im Unterricht zu Wesen und Aufgaben sowie zu Rechten und Pflichten im Zivildienst, keinen unabwiesbaren funktionalen Bezug zum Dienst, wie er mit dem Völkerrecht und der sicherheitspolitischen Rolle der Bundeswehr gegeben ist und der dort das Themenspektrum zwar nicht begrenzt, jedoch dominiert.

Aus der geschichtlichen Erfahrung mit dem Nationalsozialismus (die man jedoch nicht mehr als jüngste Geschichte bezeichnen sollte gegenüber jungen Männern im Alter von 18 bis 23) und für viele Jahrzehnte auch aus der Konkurrenz zu dem lange bestehenden diktatorischen System der DDR ergab und ergibt sich für das Angebot der politischen Bildung im

Zivildienst, dass es sich nicht einem Staatszweck unterwerfen durfte, der entweder einem neuen Menschen sozialistischer Prägung oder gar neuen Herrenmenschen gehuldigt hätte. Der zu Recht bestehende üble Ruf einer Staatsbürgerkunde im Sozialismus wirkt bis heute, und ich hoffe auch noch weit in die Zukunft, als Schutz gegenüber Instrumentalisierungsversuchen der Politischen Bildung zu anderen als demokratischen Zwecken und gegenüber einer manipulatorisch angelegten Bildung.

Es wäre auch wenig vorstellbar, welchen Sinn es gehabt hätte, in den Sechzigern und Siebzigern den politisierten, den Kriegsdienst verweigernden jungen Männern etwas anderes anzubieten, als Reflexion über ihre eigene Rolle als Staatsbürger.

Dennoch nutzt der Staat im Bereich der politischen Bildung zu Recht seine Chance, gesellschaftlich und politisch bedeutsame Fragestellungen anzubieten. Dass er hierbei jedoch sehr sorgfältig die Grenzen zu einer unerwünschten, weil manipulierenden oder undemokratisch wirkenden politische Bildung beachten muss, versteht sich für die Hüter der Demokratie von selbst. Eine die gesellschaftliche und demokratische Entwicklung in ihren drängenden Fragen aufnehmende, staatlich geförderte, Angebotsoffensive im Bereich der politischen Bildung ist dagegen geradezu schon eine Pflicht staatlich finanzierter Bildungsangebote. Auf diesem Hintergrund ist etwa das Angebot der staatsbürgerlichen Lehrgänge zum bürgerschaftlichen Engagement entstanden und mit Erfolg im Zivildienst umgesetzt worden.

Und die im letzten Jahr erfolgte Anfrage der großen Parteien im Bundestag zur politischen Bildung zeigt eindringlich, dass die Themen- und Fragestellungen sich den Anforderungen der Zeit nicht entziehen können. Kritisch anzumerken ist bei dieser Anfrage aus meiner persönlichen Sicht allein, dass die politische Bildung im Zivildienst noch nicht einmal anerkennungshalber in den Blick genommen worden ist.

Die tagesaktuelle, oder besser ausgedrückt, epochenorientierte Themenausrichtung, bestimmte schon direkt nach dem zweiten Weltkrieg den Neuaufbau der politischen Bildung. Ich erinnere hier an den Entnazifizierungskontext. Dennoch ist die Unabhängigkeit in der politischen Bildungsarbeit ein für ein freiheitlich-demokratisches System konstituierendes Merkmal. Der Wille zur Selbstbehauptung einer unabhängigen demokratischen und freiheitlich gelebten Politischen Bildung führte 1976 zum sog. Beutelsbacher Konsens, der das professionelle Grundverständnis einer Politischen Bildung in der Demokratie beschreibt. Also keine Überredung, keine Manipulation, keine Einseitigkeit politischer Art, vielmehr Pluralismus leben, der Wissenschaft verbunden bleiben und Neutralität im Sinne von

Vermittlung unterschiedlicher Positionen pflegen. Die Pflicht zur Neutralität fand sich auch im Paragraph 25a des ZDG.

Die Münchener Erklärung der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung hat dies vor gut einem Jahrzehnt gleichfalls den Geld- und Auftraggebern noch einmal ins Stammbuch geschrieben und insbesondere erneut die Unabhängigkeit als Voraussetzung eingefordert. Politische Bildung für eine freiheitliche Demokratie braucht selbst die Freiheit als Luft zum Atmen. Aber diese Freiheit kann nicht ohne Bezug auf die konkrete Gesellschaft funktionieren.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten deshalb Gewichtsverlagerungen in der Bildungsarbeit erlebt, die das Resultat von gesellschaftlichen Prozessen waren. War in den frühen Jahren der Republik der Focus der politischen Bildung auf die Verfahrensweisen und Strukturen des demokratischen politischen Systems gerichtet, so haben in der letzten Zeit, vermutlich nicht zuletzt auf der Basis der Wahrnehmung einer Überforderung der Politik in der Sozialstaatssicherung, Themen an Raum gewonnen, die die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und bürgerschaftlichem Engagement in den Vordergrund rücken ließen. Eine Entwicklung, die sicherlich eine große Schnittmenge zum Selbstverständnis der Paritätär anbietet.

Gerade die Kieler Schule hat gezeigt, dass das freiheitliche Selbstverständnis in der Bildungsarbeit einer erfolgreichen Zusammenarbeit nicht im Wege steht. So hat die thematisch abgestimmte Zusammenarbeit in den Zertifizierungskursen dazu geführt, dass die Impulse, die sich aus der von uns durchgeführten politischen Bildung ergaben, z.B. zu dem tollen Projekt der Hausaufgabenhilfe von Schülern für Schüler führte.

Zivildienst als Lerndienst

Mit der Ausrichtung auf den Zivildienst als Lerndienst wird nun der politischen Bildung ein Auftrag gegeben, der den demokratischen Grundkonsens für die Politische Bildung stärkt und gleichzeitig die Verpflichtung in den Blick nimmt, für den Zivildienstleistenden sinnhaft zu sein. Ich kann hierzu auf den heutigen Beitrag des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Herrn Dr. Jens Kreuter verweisen.

Als Schule fühlten wir uns diesem Ansatz insoweit schon längst verpflichtet, als die Teilnehmerorientierung zentraler Bestandteil der 1998 eingeführten Richtlinien für die politische Bildung im Zivildienst ist.

Qualität und Bildung

Was uns gegenwärtig umtreibt ist die Frage, wie Qualität und Bildung so sinnvoll zusammengebracht werden können, dass die Besonderheiten der politischen Bildung, und dazu gehört insbesondere das freiheitlich-demokratische Element, dabei ihren angemessenen Platz finden.

Aus der Betriebswirtschaft kann man lernen, was eine gute, eine reife und qualitativ hochstehende Organisation auszeichnet. Nach dem Reifegradmodell hat sie dann die fünfte und höchste Stufe der Entwicklung erreicht. Auf der untersten Stufe der Entwicklung schafft sie es zufällig, zu einem Ergebnis, zu einem Produkt zu kommen. Vielleicht haben zwei Männer abends an einem Junggesellenabend in einer Küche gestanden und haben aus den Zutaten die sie vorfanden eine Suppe hergestellt, die einfach köstlich war. Als sie dann jedoch gebeten werden, noch einmal diese Suppe zu kochen, konnten sie das Ergebnis nicht wiederholen. Sie wussten nicht mehr, wie sie dazu gekommen waren.

Sollten sie es schaffen, eine solche Suppe auch wiederholt herstellen zu können, hätten sie zumindest schon die zweite Stufe der Organisationsreife erreicht. Sollten Sie dann in der Lage sein, genau zu beschreiben und definieren zu können, was ihre Suppe ausmacht, wären sie auf der dritten Stufe angekommen. Die vierte Stufe erreichen sie, wenn sie das Produkt und den Produktionsvorgang messend genau erfassen und damit völlig gleich reproduzieren können. Die höchste Stufe erreichen sie als Kochgemeinschaft oder Suppenunternehmen dadurch, dass sie diesen Prozess und das Produkt optimieren.

Das wäre Qualität pur.

Und was ist Bildung? Und vor allem, was ist Politische Bildung? Hier wird es nun deutlich komplizierter. Wissen gehört zur Bildung, ohne Zweifel. Fähigkeiten gehören zur Bildung, auch das ist nicht zu bezweifeln. Aber Bildung ist mehr, viel mehr. Und selbst mit Immanuel Kant kommen wir nicht weit genug, auch wenn er vom mündigen Bürger spricht, der in der Lage sein müsse, sich seines Verstandes ohne Hilfe eines anderen zu bedienen, „**Sapere aude!**“ Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Dieser berühmte Wahlspruch der Aufklärung.“ (Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in WW Bd.11, S.53) füllt nicht allein den Begriff der Bildung. Bildung ist, wie ein Qualitätskonzept es beschreibt, nichts weniger als gelingendes Lernen für ein gelingendes Leben. Ein Leben, das sich herausführt aus der Dunkelheit des Nichtwissens, der Kälte der Unfreiheit und der Passivität des Nichthandelns.

Und wir alle wissen, wie schwer das mitunter ist. Bildung ist mit einer guten Suppe also nur bedingt zu vergleichen. So ist Bildung kein Produkt, über dessen Herstellung ich als Bildner wie ein Suppenproduzent entscheiden kann. So wenig wie „Bildung sofort“ geht, so wenig lässt Bildung sich erzwingen. Bildung ist komplex und kontingent, d.h. sie bewegt sich in einem Möglichkeitsraum, an dessen Beschreibung Bildungstheoretiker schier verzweifeln können (s. Kösel). Bildung ist ein reflexives Gut, Bildung ist ein systemisches Gut. Bildung geschieht im Prozess, zwischen Menschen, im Menschen und in Wechselwirkung zu seiner Mitwelt und Umwelt und seinen Mitmenschen. Insoweit fehlt in der Bildung die Möglichkeit, simple Kausalketten zu bilden, aus denen abgeleitet werden kann, ich sage x, daraus lernt er y. Objektive Feststellungen von Richtig und Falsch sind in derart gestalteten kontingenten Bereichen Illusionen, man kann sich diesen nur annähern und immer nur in Abhängigkeit von den jeweils im Bildungsprozeß Befindlichen bestimmen.

Dialogisches Prinzip

Daraus folgt: Es gilt vor allem, sich dialogisch zu versichern, ob das, was im Bildungsprozeß passiert und vorgesehen wird, auch erreicht, was erreicht werden soll. Diskussion und Dialog sind also Mittel notwendiger Reflexion für die Lehrenden und für die Lernenden. Will man Bildungsqualität bestimmen, dann geht dies nicht ohne die Verpflichtung zum Dialog mit anderen Lehrenden und mit den Lernenden. Und im Dialog mit einer Gruppe wird hierbei noch eine besondere Qualität erzielt. Gerade politische Bildung mit dem Focus auf den homo politicus profitiert von der gruppenbezogenen Reflexion schon im Erstellungsprozess des Bildungsgeschehens.

Und die Diskussion in einer Gruppe unter Moderation und Anleitung eines Geschulten gewinnt deutlich eine andere Qualität als der Pausenschnack oder der Kneipentalk. Eine moderierte Reflexion wird im Sinne eines gelingenden Lernens sog. Selbstgewissheiten und Pauschalisierungen nicht durchgehen lassen und zu Stringenz und Überprüfbarkeit in der Argumentation anhalten. Eigenschaften, die nicht nur die politische Verführbarkeit lindern, sondern auch Ihnen Mitarbeiter gibt, die konstruktiv mit arbeiten und mit denken können.

Demokratie und Bildung zu schaffen ist viel anstrengender und aufwändiger als Dummheit und Folgsamkeit herbei zu führen. Der Firniss der Zivilisation und der Demokratie ist dünn, denn die Versuchungen der Unfreiheit und geistigen Bequemlichkeit sind vielfältig.

Persönlichkeit, Haltung, Wissen und Bildung sind Dinge, die wir nicht mit einer Woche oder mit einem Thema herstellen. Wir tragen aber wie ein Mosaiksteinchen dazu bei und wenn

der Staat sich diesen Luxus erlaubt, dürfen wir uns freuen, Staatsbürger eines solchen Staates sein zu dürfen.

Wenn uns die moderne Verhaltensforschung sagt, dass Menschen sich erst dann verändern, wenn sie wenigstens 50 Mal den entsprechenden Impuls erhalten haben, so können wir natürlich nicht sagen, dass wir mit unseren Seminaren den entscheidenden Impuls setzen. Vielleicht ist es nur der erste, oder es ist gerade der 50. Impuls. Manchmal merken wir jedoch das daran, dass noch Jahre später Teilnehmer sich bei uns melden, weil sie sich an ein prägendes Erlebnis aus diesen Lehrgängen erinnern. Der Rekord liegt bei einer Anfrage nach dem Aufspüren eines Dozenten, der einst ein Seminar über den Film Jud Süß veranstaltet hatte, dies war gut zwanzig Jahre her!

Respekt und Begegnung, Freiheit und Verantwortung

Ich habe jetzt schon oft die Ankerbegriff von Freiheit und Demokratie benutzt und das für einen Kontext, der sich durch Zwang begründet. Darüber sprechen wir intensiv mit unseren Teilnehmern. Ich bin überzeugt davon, das nutzt auch Ihnen in den Dienststellen. Tragen wir doch so dazu bei, dass die Erkenntnis gefördert wird, dass Freiheit etwas mit Verantwortung, Rechte etwas mit Pflichten zu tun haben.

Der homo politicus als freier Bürger im Zwangsverhältnis, das demokratisch begründet wurde. Sich damit als Betroffener auseinander zu setzen ist, schon fast eine Garantie für einen produktiven Lernprozess.

Eine Voraussetzung dafür sehe ich allerdings darin, dass gegenüber den jungen Männern der Respekt des Staates, der Gesellschaft und von uns persönlich als Lehrende entgegen gebracht wird. Der Staatsbürger, der Dienst leistet, auch gegen seinen individuellen Wunsch, verdient Respekt. Darüber hinaus ist Respekt die Grundlage einer gelingenden politischen Bildung für Freiheit und Demokratie. Wie sollte es auch anders sein? Was dabei aber nicht vergessen werden darf und mitunter der konkreten Vermittlung bedarf, ist der Umstand, dass Respekt keine Einbahnstraße ist. Wenn die Welt weiter zusammen halten soll, kann man Respekt nicht nur von den anderen erwarten, man muss ihn auch selbst gewähren. Ich halte dies für eine Grundfolie im politischen Bildungsprozess.

Soll heißen: nicht nur der Teilnehmer darf Respekt erwarten, der Dozent, die Dozentin darf das auch, die Schule darf das, der Staat darf das. Denn nur im reziproken Verständnis von Respekt sichern wir die Trennung von autoritativen Aspekten (Ich bin hier der Lehrer!? Kann

man die gegebene Hierarchie so einfach strapazieren in der politischen Bildungsarbeit ohne den Boden und den Kontakt zu den Teilnehmern zu verlieren?) und nur so lässt sich die Instrumentalisierung von Respekt als politische Waffe verhindern. In der Sprache der Terroristen oder von Gangs findet sich häufig die Forderung nach Respekt, was dort aber geradezu typisch ist, und darauf hat Enzensberger in seinem Essay zum Terrorismus hingewiesen, ist, dass sie diesen Respekt gegenüber den anderen, von denen sie ihn einfordern, nicht haben. Vielmehr wird als Gegenleistung häufig nur Verachtung gezeigt. Es sind also mitunter zutiefst Gekränkte, die Anerkennung und Macht suchen über die Einforderung von Respekt ohne diesen selbst zu gewähren. An diesen Stellen ist, wie ein aktuelles Theaterstück in Paris lautet, eine „Orgie der Toleranz“ Fehl am Platz.

Im Begriff Respekt ist die Anerkennung des anderen enthalten, des Andersseins und damit die Anerkennung der Menschlichkeit und das kann nicht nur in einer Richtung funktionieren.

Ich verzichte darauf, von dieser Warte aus zu der Frage nach der Wehrhaftigkeit der Demokratie zu kommen. Die Notwendigkeit, Streitbarkeit zu üben, ohne die Menschlichkeit zu verlieren, dürfte sich jedoch darüber erschließen lassen. Konfliktfähigkeit auf der Basis von Respekt ist demnach eine demokratische Tugend, die es einzuüben gilt. Und so verstehe ich auch die Forderung unserer Ministerin nach Förderung der Konfliktfähigkeit durch politische Bildung.

Lassen Sie mich zum Schluss darauf zurück kommen, dass auch ich ein Gläubiger bin.

Aus dem Gesagten erschließt sich für mich, dass eine der besten Methoden für die politische Bildung die Förderung der Begegnung mit Menschen ist, die als Politiker oder Gestalter oder Opfer Beziehungen zum gewählten politischen Thema haben oder insgesamt als Repräsentanten des politischen Systems wirken. Wir in Kiel fördern diesen personalisierten Zugang zur Politik besonders gern. Erleben wir doch, dass in der konkreten Begegnung mit Menschen, zum einen der Respekt sich beweisen kann (Halte ich einen Vertreter einer anderen politischen Auffassung aus?) und zum anderen vorbildhaft erlebt werden kann, dass es in der Politik um Menschen geht, die für Menschen Politik machen und sich vor Mitmenschen dafür verantworten müssen.

Die Wirkung der konkreten Begegnung mit Politikern, mit Journalisten, mit Fachleuten usw. ist für uns immer wieder positiv spürbar. Wir haben es mit Teilnehmern zu tun, die in der Übergangsphase von der Schule zum Beruf und an der Übergangsphase von Jugend und Erwachsenen sein stehen und die, davon bin ich überzeugt, immer noch dafür ansprechbar sind, von anderen Menschen zu lernen und die sich noch beeindruckt lassen wollen davon,

wie und warum Menschen sich engagiert haben, wie sie politische Konflikte angegangen sind und wofür sie leben.

Helmut Schmidt

Dass dies selbst virtuell funktioniert, habe ich vor einigen Wochen erleben können. Ein Drei-Wochen-Kurs ging zu Ende. Meine quasi schon abreisenden Teilnehmer, die noch auf eine Abschlussveranstaltung warteten, gaben sich ziemlich aufgekratzt hier im Plenum. Es war aber nicht eine fröhliche Aufgekratzttheit, vielmehr spürten wir bis in die Verwaltung hinein eine eher unangenehme Unruhe.

Ich habe mich dann dazu entschlossen, die Teilnehmer zu beschäftigen und die Lücke bis zum Abschlussplenum umgehend zu schließen. Ich brauchte nur kurz zu überlegen, wie ich das anstellen sollte, und dann habe ich spontan den Teilnehmern eine CD mit Interviews mit Helmut Schmidt im Plenum vorgeführt. Es dauerte keine fünf Minuten und es herrschte eine von uns allen spürbare gespannte und aufmerksame Stille. Helmut Schmidt in Schwarz-Weiß Aufnahmen, seine gelassene norddeutsche Art und seine Art der Kommentierung und dazu Bilder von der Flutkatastrophe oder der Landshut-Entführung in Mogadischu. Diese Interviews strahlten eine Präsenz aus, die auch hochgradig Testosteron geschwängerte junge Männer auf dem Weg ins Wochenende, in die Freiheit, zu fesseln verstand, zeigten sie doch einen Menschen, der zwar auch den Irrtum kennt, der aber sicherlich im Sinne von Ralf Dahrendorf zu den Unverführbaren durch die Ideologien der Unfreiheit gehört, weil er die Fähigkeit besitzt, in Krisen einen kühlen Kopf und klaren Verstand zu behalten. Und solche Tugenden helfen nicht nur in der Politik, sondern auch im Alltag der Krisen im Dienst oder in einer Gesellschaft der emotional dominierten Unterhaltungsbürger.

Es stimmt, die politischen Bildung im Zivildienst rettet nicht die Demokratie, sie hilft aber das zu erfahren und zu erleben, was die Welt zusammenhält, und das ist letztlich der Respekt der Menschen untereinander.

Es stimmt, politische Bildung ist nur ein Mosaiksteinchen im Gesamtgefüge des gelingenden Lernens und Lebens. Wenn jedoch dieses Steinchen gerade in der strahlenden Zahnreihe eines lachenden Menschen fehlt, und da würde ich es im Porträt unserer Gesellschaft ansiedeln, fällt dies auf, zu Recht.

Vielen Dank.